PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

ORGAN DER MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS (MLÖ)

Nr.62 | 15.September 1966 | Einzelpreis S 3,-

UNSEREN GRUSS DER SOZIALISTISCHEN KULTURREVOLUTION IN VOLKSCHINA



Geht es uns wirklich so gut ?

Mit den folgenden Beiträgen setzen wir unsere im August begonnene Leserdiskussion über eine der Schlüsselfragen in den heutigen politischen Auseinandersetzungen in Österreich fort. Leser, die sich noch an der Diskussion beteiligen bzw. zu einzelnen Diskussionsbeiträgen Stellung nehmen wollen, ersuchen wir, solche Beiträge möglichst rasch an die Redaktion zu senden, damit wir unsere Diskussion im kommenden Monat mit einer Zusammenfassung ihrer Ergebnisse bzw. einem redaktionellen Schlußwort abschließen können.

Da sich viele der nachstehenden Beiträge unmittelbar auf Textstellen des Briefes von P.Straker beziehen, den wir zum Anlaß der Diskussion genommen haben, wiedergeben wir einleitend den Text dieses Briefs:

"Ihr ganzes Geschrei gegen die Teuerung ist doch unsinnig. Der jetzige Preisauftrieb ist ja nicht die Folge einer 'Ausbeutung', sondern Folge der Hochkonjunktur, also einer besonders großen Kaufkraft. Wir haben einen Wohlstand erreicht, von dem wir früher in den kühnsten Träumen nicht geglaubt haben, daß er Wirklichkeit werden könnte. Jeder Strizzi hat heute schon sein Auto, sogar einen Mercedes. Die Auslagen und Geschäfte biegen sich von den herrlichsten Leckerbissen, was wollt Ihr noch mehr? Die Banken haben Millionen Spareinlagen, das können Sie doch nicht leugnen. Als Marx noch lebte, vor 100 Jahren, da gab es keine 5-Tage-Woche, keinen Urlaub, kein Auto und kein Fernsehen, das heute für jeden Arbeiter erschwinglich ist (wenn er sein Geld nicht ins Wirtshaus trägt). Was fällt Ihnen ein, uns heute mit Marx zu kommen?"

EIN ZUTIEFST UNGERECHTES SYSTEM

Wer selbst Arbeiter ist, wird natürlich wissen, daß es ihm nicht so gut geht, wie man ihm gerne einreden möchte. Jene, welche der Ansicht sind, daß es uns noch nie so gut gegangen sei, daß wir so in Wohlstand leben, gehören vielleicht zu den wenigen Glücklichen, denen es wirklich so gut geht oder sie haben sich diesen Wohlstand schon einreden lassen, ohne von wirklichem Wohlstand eine Ahnung zu haben.

Man darf sich nicht von den vollen Auslagen und den vielen Autos täuschen lassen. Die Geschäftsleute müssen ihre Waren ins Blickfeld rücken, um verkaufen und leben zu können. Und, daß "jeder Strizzi" heute schon ein Auto hat, was soll das schon bedeuten? Ich sehe darin keinen Fortschritt! Es gibt noch viele - sehr viele Arbeiter vor allem - welche noch kein Auto haben. Vielleicht liegt es daran, daß sie keine Strizzis sind?

Unter Umständen können leere Auslagen und leere Straßen mehr Wohlstand bedeuten als umgekehrt, wenn nämlich alle Menschen all das haben, was sie brauchen und nicht zu einer Hetzjagd gezwungen sind, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Wenn es auch richtig ist, daß viele Menschen heute in Wohlstand leben, so ist es doch falsch, daraus auf einen allgemeinen Wohlstand zu schließen. Wenn jene, welche noch von diesem Wohlstand ausgeschlossen sind, selbst Schuld daran wären, so könnte man das vielleicht noch in Ordnung finden, aber so ist es ja nicht. Es gibt noch immer viele Ungerechtigkeiten und ich halte das weiterhin für das Grundübel dieser Zeit.

Was heißt nun Gerechtigkeit? Unter anderem heißt es: Jedem Menschen die gleiche Chance, gleiche Arbeitsmöglichkeiten, gleiche Arbeitsbedingungen, gleichen Verdienst bei gleicher Leistung, gleiche Arbeitszeit (die Fünftagewoche gilt noch lange nicht für alle Arbeiter!), gleichen Urlaub, nicht ein Teil 3 Wochen, ein anderer Teil 4 Wochen und wieder ein anderer 5 Wochen, alles aus nichtigen Gründen. Erst wenn es volle soziale Gerechtigkeit gibt, wird es Wohlstand für alle Menschen geben; vorher kann sich überhaupt niemand wirklich wohl fühlen.

Ich habe Marx leider viel zu wenig studiert, aber ich glaube, diese Richtung hat Marx eingeschlagen und das war sein großes Verdienst.

Richard Hänfling, Wien

*

ÜBERSTUNDEN, FRAUENARBEIT, RATENSCHULDEN

Straker ist entweder selbst einer von den Leuten, die an der Teuerung verdienen, oder ein großer Ignorant, der vor den harten Tatsachen die Augen verschließt. Die Teuerung hat in Österreich derartige Ausmaße angenommen und eine derartige Empörung der arbeitenden Bevölkerung ausgelöst, daß selbst der ÖAAB dagegen Stellung nehmen mußte. Und das will schon was heißen.

Die Teuerung unterstreicht die Erkenntnis von Karl Marx, daß das ganze kapitalistische Profit-

system beseitigt werden muß, wenn die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes gewahrt und gesichert werden sollen. Von all dem hat Straker nicht das Mindeste begriffen, aber er erlaubt sich ein Urteil, das man nur als eine Beleidigung für jeden aufrechten Arbeiter werten kann.

Zur Frage der Autos bin ich der Meinung, daß es kein Privileg der Besitzenden sein darf, ein Fahrzeug zu besitzen. Straker übersieht dabei auch geflissentlich, unter welchen Mühen und Opfern sich ein Arbeiter ein solches Vehikel überhaupt erst anschaffen kann! Alle technischen Erzeugnisse der heutigen Zeit wie Autos, Fernsehapparate, Kühlschränke, Waschmaschinen usw. sind nur dann für einen Arbeiter erreichbar, wenn Mann und Frau hart arbeiten und sich die Raten für diese Gegenstände buchstäblich vom Mund absparen! Würden in Österreich nur die Autos auf den Straßen sein, die bar bezahlt wurden, so wären diese Straßen von gähnender Leere.

Dieser Tage las ich in den "Oberösterreichischen Nachrichten" - bestimmt kein arbeiterfreundliches Blatt - daß sich der Wert des Schillings um 25% vermindert hat. Der Leidtragende daran ist der Arbeiter, denn der Unternehmer hält sich an den Preisen schadlos und setzt seinen Profit sogar noch immer höher hinauf.

Daß sich die Auslagen der Geschäfte vor Waren biegen, ist wohl richtig - aber nur deshalb, weil die angebotenen Artikel so teuer sind, daß sie breite Kreise kaum oder überhaupt nicht kaufen können. Oft ist nicht einmal der Kauf von dringend benötigten Konsumgütern möglich. Der Überfluß, den die vollen Auslagen vorspiegeln, ist also nicht echt, sondern nur scheinbar!

Daß wir gegenwärtig Hochkonjunktur haben, ist ebenfalls richtig. Es ändert aber nichts daran, daß wir arbeitenden Menschen schamlos ausgebeutet werden! Außerdem existiert nicht die geringste Gewähr, daß diese Konjunktur lange anhält.

Arbeiter als Millionäre gibt es nicht, aber die Zahl der Millionäre unter den Unternehmern ist ständig im Ansteigen. Herr Straker soll es einmal versuchen, mit einem Monatsverdienst von S 2.750,- eine fünfköpfige Familie zu ernähren, wobei die Kosten für Miete, Gas und Licht allein S 472,- betragen!

Der Wohlstand in Österreich, soferne es ihn überhaupt gibt, beruht vor allem darauf, daß der Mann Überstunden schindet noch und noch, und daß auch die Frau im Berufsleben steht und am Abend, statt sich auszuruhen, noch ihre häuslichen Arbeiten verrichten muß. Der angebliche Wohlstand in Österreich ist also nicht echt und die Reklame mit ihm beruht auf einer Verdrehung der Tatsachen.

F.B., Linz

*

FREI VON DER LEBER WEG

An Herrn Straker!

Auf Deinen Brief an die "Rote Fahne" möchte ich Dir antworten - frei von der Leber weg. Du schreibst, daß es vor 100 Jahren noch keine Fünftagewoche und keinen Achtstundentag gab, daß wir Dir nicht mit Karl Marx kommen sollen usw. Ja, lieber Mann, lebst Du denn auf dem Mond? Weißt Du nicht, daß wir alle sozialen Errungenschaften nur dem Kampf der Arbeiterbewegung zu verdanken haben, der Karl Marx den Weg gewiesen hat? Auf den Knien müssen wir diesem Mann danken!

Glaubst Du wirklich, daß wir von der Monarchie je eine Fünftagewoche zu erwarten gehabt hätten ohne den Kampf der Marxisten? Weißt Du, wie es früher war? In Hallstatt zum Beispiel haben die Frauen - ohne Rücksicht darauf, ob sie in anderen Umständen waren oder nicht - die 50 Kilo schwere Salzbutten auf dem Kopf vom Berg zu Tal tragen müssen. Als Lohn bekamen sie etwas Buchenöl und schwarzes Mehl. Glaubst Du, daß solche Zustände hätten beseitigt werden können und daß sie nicht wiederkommen würden ohne den Kampf der Arbeiterbewegung, wenn es keinen Karl Marx gegeben hätte und wenn es heute keine Marxisten geben würde?

Du sagst, jeder Strizzi besitzt ein Auto. Viele arbeitende Menschen haben sich mühsam ein Auto zusammengespart - willst Du sie als Strizzi bezeichnen? Ich selbst habe kein Auto, verlange auch nicht danach, aber täglich sehe ich, wie die sogenannten "besseren Leute" im Auto herumfahren in der Zeit, in der andere Menschen schwer arbeiten müssen. Haben denn die Nichtstuer mehr Recht auf den Besitz eines Autos als ein Arbeiter? Lieber Herr Straker, mir scheint, Du bedauerst, daß die Zeit vorwärts geht - durch den Kampf der Arbeiter. Ich frage Dich: Wer hat mehr Recht auf ein anständiges Leben: Wir, die wir unser Brot unserer eigenen Hände Arbeit verdanken, oder jene, welche von unserer Hände Arbeit leben?

Du schreibst, daß sich in den Geschäften die Auslagen biegen vor Leckerbissen. Aber sind sie für alle? Und was nützen uns die Bankeinlagen? Glaubst Du wirklich, daß man Dich an ihren Zinsen beteiligen wird? Wenn Du ein paar Schilling in der Sparkasse hast, so wird man sie Dir höchstens in Form einer Inflation auch noch wegstehlen!

Hat je einer von den "Oberen Zehntausend" Not gelitten? Freilich glauben die dann, daß es keine Not gibt. Man könnte speien, wenn man in den Zeitungsgeschäften die Illustrierten sieht, die protzig den Aufwand einiger Weniger zeigen, diesen Schmuck, welche ihre "Damen" zur Schau tragen. Hast Du Dir nie Gedanken darüber gemacht, woher all dieser Prunk gekommen ist und kommt, wer ihn mit seiner Mühe bezahlt, während seine Träger im ganzen Leben nie auch nur eine Stunde gearbeitet haben?

Das alles findest Du selbstverständlich. Daß aber ein Arbeiter, der sich Jahr und Tag plagt, um sich ein Auto zu kaufen, um einen besseren Bissen zu essen oder Anteil an technischen Errungenschaften zu haben - darüber regst Du Dich auf? Was bist Du doch für ein komischer Vogel!?

B.K., Ischl

*

KAPITALISMUS IST KRIEG!

Es ist für uns sehr nützlich, wenn wir uns mit wichtigen Argumenten unserer Gegner auseinandersetzen, weil wir aus dieser Argumentation unsere Schlüsse ziehen können und unsere Antwort auf die gegnerischen Argumente besser und überzeugender wird, wenn man sie gemeinsam diskutiert und erarbeitet.

Herr Straker geht nur von einer Seite aus, wenn er sagt, daß es den Menschen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so gut geht und man keinen Marxismus-Leninismus braucht.

Wenn es dem Arbeiter heute bei uns etwas besser geht als seinerzeit, so ist das in erster Linie auf den Kampf der Arbeiterbewegung zurückzuführen, der keinen Augenblick nachlassen darf, hängt aber auch damit zusammen, daß wir 60 Kilometer von Wien entfernt die Volksdemokratie haben und ein Drittel unserer Erde bereits sozialistisch ist. Der Kapitalismus muß lavieren, wenn er da seine Macht erhalten will.

Herr Straker übersieht auch, daß es uns momentan sehr schlecht gehen kann, wenn das Großkapital einen Krieg startet und daß das sogar sehr bald geschehen kann. Wir können einen Weltkrieg aber nur verhindern, wenn es gelingt, den Kapitalismus zu beseitigen. Dazu aber ist es notwendig, die Marxisten-Leninisten bei uns in Österreich ebenso wie in allen anderen Ländern der Welt zu stärken und zu einer Massenbewegung zu machen.

Peter Reginer, Wien

*

TRÜGERISCHE FATA MORGANA

Jeder, der mit den bestehenden Kollektivverträgen auch nur halbwegs vertraut ist, muß feststellen, daß sich ein Arbeiter mit dem Verdienst einer normalen Fünftagewoche kein Auto leisten kann. Also muß er Überstunden schuften und müssen Familienangehörige mitverdienen. Meistens ist es die Frau, die diesen fingierten "Wohlstand" unter Einbusse ihrer Gesundheit und nicht selten um den Preis richtiger Familientragödien mitschafft. Ist das nicht Ausbeutung - wenn auch in moderner Form?

Seinerzeit hat man um den 8-Stunden-Tag gekämpft, und heute wird laut Statistik in Österreich im Durchschnitt vierundfünfzig Stunden pro Woche gearbeitet! Ist das nicht Ausbeutung?

Seinerzeit hat man die Einwohner der Kolonien mit Glasperlen, Schnaps und Missionaren in die kapitalistischen Knochenmühlen gelockt - und heute schafft man den Arbeitern eben mit der Blechkiste eine trügerische Fata Morgana!

Im Grazer Sozialamt hat man einen Betrag von mehreren 100.000 Schilling für die Ausgabe verbilligter Straßenbahnfahrkarten bereitgestellt. Natürlich werden nicht millionenschwere Konto-Inhaber, sondern die Ausgleichszulage-Rentner um eine solche Verbilligung betteln gehen. Würden sie es tun, wenn es ihnen so gut ginge? Allein dieses eine Beispiel und diese eine Zahl zeigt schon, wie weit es mit unserem "Wirtschaftswunderland" her ist - abgesehen von den vielen Kellerbewohnern, die es heute in Graz gibt und die kaum über die Lebensverhältnisse der Steinzeit hinaus sind.

Und da möchte jemand sagen, Marx sei heute überflüssig? Nur wenn Herr Straker zu der Gruppe der sogenannten "Volksvertreter" gehört, die ihr nobles Einkommen steuerfrei erhalten, könnte man verstehen, wieso er so volks- und lebensfremd argumentieren kann.

Ich glaube, heute ist Marx ebenso aktuell wie vor hundert Jahren. Auch in der Ersten Republik waren die Auslagen so überfüllt wie heute - trotz der damaligen Massenarbeitslosigkeit und größten Massenelends. Volle Auslagen sind gewiß kein Gradmesser des Wohlstandes, sondern höchstens ein Augenfutter. Oder will Herr Straker gar behaupten, daß sich die Arbeiter heute bei den Juwelieren anstellen, um ein Schmuckstück um einige Zehntausender zu ergattern?

Leo Pürzl, Graz

*

EXISTIERT NOCH DER ACHTSTUNDENTAG?

Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen eine kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine "ungeheure Warensammlung", so schrieb im Jahre 1859 Karl Marx in seinem Werk "Zur Kritik der Politischen Ökonomie". Nun, 107 Jahre später, entdeckt auch Herr Straker in seinem Brief an die "Rote Fahne" die "ungeheure Warensammlung"; wie die Geschäfte sich von den herrlichsten Leckerbissen biegen, die Banken über Millionen Spareinlagen verfügen und jeder Strizzi sein Auto fährt. So liefert Straker ungewollt den Beweis für das, was Karl Marx in der Vergangenheit lehrte und schrieb, und was in der Gegenwart auch tatsächlich besteht.

Die Arbeiterkongresse von Baltimore und Genf forderten im Jahre 1866, zur Zeit von Marx, den Normalarbeitstag von acht Stunden zum Gesetz zu erheben. Seitdem sind genau 100 Jahre vergangen - und trotz dieses Gesetzes, das durchgesetzt wurde, steht die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern heute wieder auf der gleichen Stufe wie damals, in mancher Beziehung sogar schlechter; denn die Form, wie der Arbeiter ausgebeutet wird, wurde von den herrschenden Schichten geändert und die Gewerkschaften haben es unterlassen, dagegen energisch anzukämpfen. Ganz abgesehen von der üblichen Überstundenschinderei: schon durch die Fünftagewoche ergibt sich ein Normalarbeitstag von de facto neun Stunden, hiezu kommt aber noch die Zeit für die Fahrten vom Wohnsitz zum Arbeitsplatz, die sich jährlich auf 500 bis 1500 Stunden (fallweise noch mehr!) belaufen und in Wirklichkeit als Arbeitsstunden anzusehen sind, wodurch sich ein Normalarbeitstag von zehn bis zwölf oder mehr Stunden entwickelt hat. Diese zusätzlichen Arbeitsstunden werden im allgemeinen nicht oder nur zum geringsten Teil vergütet und auch durch den Urlaub nicht ausgeglichen, der so ebenfalls immer weniger ausreicht, eine echte Erholung zu gewährleisten.

Auto und Fernsehen waren vor 100 Jahren noch nicht erfunden, es war daher auch keine Kaufkraft hiefür erforderlich. Wie entwickelte sich nun die so "große Kaufkraft", die Straker erwähnt und die bei einem Teil der Bevölkerung auch die Anschaffung der modernen technischen Artikel erlaubt?

Weil ich auf dem Lande lebe, nehme ich aus ländlicher Sicht zu diesem Problem Stellung und führe als Beispiel die Äußerung eines Landlehrers gegen-



„Wenn du keine Zeitungen liest, kannst du nicht wissen, wie gut wir es alle haben in unserem Lande." „Politica", Mexiko

über seinen Schulkindern an: "In unserer Gemeinde fahren nur Holzautos!" Gemeint ist, daß die Kaufkraft für die Autos, die unsere Bauern fahren, aus dem Ertrag von Schlägerungen ihrer Wälder stammt. So erweist sich die "besonders große Kaufkraft" bei uns als nichts anderes als ein ungeheurer Substanzverlust, als ein Raubbau an der "ungeheuren Warensammlung" Hochwald, der sich nach den Gesetzen der Natur erst in 100 Jahren wieder regenerieren kann. Die gegenwärtige Kaufkraft ist in diesem Fall eine Schuld, die unsere Kinder und Kindeskinder erben und bezahlen müssen (sofern wir selbst nicht schon in Form immer ärgerer Hochwasserkatastrophen dafür büßen!). Ich selbst beobachtete sogar bei denen, die keinen Wald mehr zu schlägern haben, wie sie sich im Obstgarten nach Edelholzbäumen umsahen, Nuß- und Birnbäume schlägerten und sich um den Erlös Dinge anschafften, deren Vorhandensein Herrn Straker offenbar als einziger Gradmesser des Wohlstands dient.

F.W., OÖ.

*

IN DER 1. REPUBLIK UND HEUTE

Die Frage sollte lauten: "Wie ging es den arbeitenden Menschen in der 1. Republik, und wie geht es ihnen heute in der 2. Republik?"

In der 1. österreichischen Republik lebte der arbeitende Mensch nicht schlechter als heute in der 2. Republik, solange er Arbeit hatte. Der Lebensstandard war insoferne sogar höher als heute, als damals der Mann die ganze Familie im allgemeinen allein erhalten konnte. Das größte Übel in der 1. Republik war die ungeheure Arbeitslosigkeit.

Gegenwärtig gibt es fast keine Arbeitslosigkeit. Heute gehen mindestens zwei Drittel der Frauen ebenfalls arbeiten. Und wenn junge Leute einen Hausstand gründen wollen, dann müssen sie viele Jahre hart arbeiten und schwere Entbehrungen auf sich nehmen. Wenn sich Arbeiter ein Auto kaufen - natürlich auf Ratenzahlung -, dann geht das bestimmt auf Kosten der Gesundheit, oft nur auf Grund des Verzichts auf Kinder usw.

Daß die Preise, insbesondere von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, steigen, ist eine Folge der Jagd der Kapitalisten nach Profit. Ob es Konjunktur gibt oder nicht: die Preise werden so lange steigen, solange es sich die arbeitenden Menschen gefallen lassen werden.

Meiner Meinung nach gibt es zwischen den Vorkriegszeit und heute nur den Unterschied, daß es heute bei uns noch keine größere Arbeitslosigkeit gibt. Das aber ist darauf zurückzuführen, erstens, daß es in der kapitalistischen Welt eine ungeheuer aufgeblähte Kriegsindustrie gibt, und zweitens, daß ein sozialistisches Weltlager existiert. Die Kapitalisten können sich bei uns keine Arbeitslosigkeit wie in der 1. Republik leisten, denn sonst würde jeder sofort sehen, wie verfault und reaktionär das kapitalistische Gesellschaftssystem ist und wir hätten morgen die Volksdemokratie in Österreich.

Allerdings gehen einige Länder des Sozialismus durch ihre "Wirtschaftsreformen" und die sogenannte "Selbstverwaltung" der Betriebe - bei der nur der Direktor und einige sogenannte "Arbeiterräte" den Betrieb leiten - zurück zum Kapitalismus. Das schadet auch der Arbeiterschaft in den noch kapitalistischen Ländern und ermutigt die Kapitalisten zu viel größerer Aggressivität als bisher.

Es ist ein grotesker Widerspruch: Bei uns schreien sich die revisionistischen Führer heiser nach Verstaatlichung der Betriebe - und in einigen sozialistischen Ländern wollen die revisionistischen Führer die "Selbstverwaltung" der Betriebe, also praktisch die Entstaatlichung der Betriebe.

Johann Bek, Wien

*

UMSCHAUEN – ABER NICHT IM NOBELBEZIRK!

Straker sieht nur die überfüllten Auslagen, aber er sieht nicht, wie viele arbeitende Menschen sich das alles auch kaufen können. Er weiß anscheinend auch nicht, wieviele tausende und abertausende Arbeiter nicht einmal mit 2.000 Schilling im Monat heimkommen und wie alles teurer wird, aber der Lohn zurückbleibt. Setzen die Arbeiter endlich eine Lohnerhöhung durch, dann haben sie schon ein, zwei Jahre lang vorher alles teurer bezahlen müssen. Alles das sieht Herr Straker nicht. Wenn ein Arbeiter von 2.000 S Lohn im Monat Zins, Licht, usw. wegzahlen soll, wenn er vielleicht auch Raten abstottern muß oder wenn die Kinder was brauchen, dann soll sich Herr Straker ausrechnen, was und wieviel da noch zum Leben oder gar für Anschaffungen übrigbleibt. Vielleicht kennt er nur Leute, die über 5.000 oder über 7.000 S verdienen.

Was muß ein arbeitender Mensch alles lassen, wenn er ein Auto kaufen und halten möchte! Dabei brauchen es viele Arbeiter für ihren Beruf. Die andere Seite ist, daß die große Mehrzahl der arbeitenden Menschen kein Auto besitzt! Viele haben nicht einmal ein Fahrrad, obwohl sie es brauchen würden. Wer es nicht glaubt, braucht nur in der Statistik nachzusehen.

Straker sieht nicht die Arbeitslosen, die es sogar in der Zeit der "Hochkonjunktur" gibt, und er sieht nicht die Arbeiterrentner, die oft in bitterem Elend leben. Er sieht auch nicht die vielen Menschen, die nicht nur keinen Fernsehapparat, sondern nicht einmal einen Radioapparat haben und sogar beim Licht sparen müssen. Ich selbst mit einem Monatseinkommen von 1874,- Schilling kann mir zum Beispiel keinen Fernsehapparat leisten. (Ein Arbeiter mit 2.000 Schilling braucht auch nicht ins Wirtshaus zu gehen, denn das langt nichteinmal zum Leben!)

Was aber den Urlaub und andere Dinge betrifft, konnten sie nur erreicht werden durch den langen und schweren Kampf der Arbeiter. Es waren und sind die Lehren von Karl Marx, welche den Arbeitern diesen Weg des Kampfes gezeigt haben und auch heute zeigen!

Um zu sehen, wie es den österreichischen Arbeitern wirklich geht, darf man nicht auf der Wiener Ringstraße oder Kärntnerstraße spazierengehen, sondern muß die Arbeiterviertel und die Dörfer besuchen. Bei uns in Niederösterreich gibt es da Dinge zu sehen, die Herrn Straker den Mut nehmen würden, sich über den angeblichen Wohlstand der arbeitenden Menschen in Österreich zu begeistern.

Erich Laznicka, Krems

*

DREI GEGENFRAGEN

Ich möchte drei Gegenfragen stellen:

1.) Warum gehen tausende und abertausende Frauen

von Arbeitern und Angestellten arbeiten - wenn es uns eh so gut geht?

2.) Warum sind die Einnahmen des Sporttotos um 4,6 Millionen Schilling zurückgegangen - wenn es uns eh so gut geht?

3.) Warum will man die "Gruß an Dich"-Sendung am Vormittag einstellen - wenn es uns eh so gut geht? (Die dummen Märchen, die darüber erzählt werden, schluckt nicht jeder!)

Also: der groß aufgeblasene "Wirtschaftswunder"-Ballon hat schon ein Loch und ist im Sinken, auch wenn er die Massen noch blendet.

H.S., NÖ.

*

DIE KONJUNKTUR GEHT MIT DER KRISE SCHWANGER

Die Auffassungen des Herrn Straker lassen eine Ignoranz erkennen, die sich nicht hören und viel weniger sehen lassen kann. Kein Wunder, wenn er dann einzelne Fälle verallgemeinert, statt gewissenhaft und gründlich zu untersuchen, um den Tatsachen, um der Wahrheit näherzukommen.

Der gesamte bisherige Ablauf der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung hat immer wieder bewiesen: Im Kapitalismus geht jede Hausse (wirtschaftlicher Aufschwung, relative Überproduktion und daher scheinbarer Überluß, Vollbeschäftigung usw.) schon von Beginn an schwanger mit einer Baisse (wirtschaftlicher Niedergang, Krisen, Bankrott der Wirtschaft, Inflation u.a. - auch Krieg mit massenhaftem Ruin materieller Werte im Endeffekt). Dieser Vorgang, der sich nach seiner eigenen gesetzmäßigen Routine immer wieder periodisch abhaspelt, ist ein Zeichen des Nichtfunktionierens der angeblich "gottgewollten" kapitalistischen Ordnung. Diese Tatsache ist nicht einmal eine Entdeckung der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern über diesen Vorgang wußten schon die bürgerlichen Ökonomen Adam Smith (1723-90) und David Ricardo (1772 - 1823) sehr gut Bescheid.

Marx und Engels haben diese wichtigsten Erkenntnisse der klassischen bürgerlichen Politischen Ökonomie aufgegriffen, sie konsequent weiterentwickelt und mit exakten Forschungen und Erkenntnissen auf diesem Gebiet, sowie mit einer Reihe grundlegender Entdeckungen (Lehre vom Mehrwert, usw.) allen idealistischen Faseleien das Wasser abgegraben...

Herr Straker stellt jeden Arbeiter, der ein Motorfahrzeug besitzt, als einen Strizzi hin - was sagt er aber zu den Geldbeutelbesitzern? Was ist mit ihnen? Diese Faulenzer und Nichtstuer, die Zeit ihres Lebens mit ihrer Hände Arbeit niemals auch nur einen Groschen verdient haben, die den Müßiggang als Beruf praktizieren und oft in einem Jahr zwei oder drei Mercedes verschleißen - ihr Auto scheint Herrn Straker selbstverständlich und angemessen?

Der Arbeiter schafft sich ein Fahrzeug ja nur an, um beruflich nicht behindert zu sein resp. seine Lage zu erleichtern. Statt endlos zu "pendeln", will er nach des Tages Müh' und Plag' (ihm wird bei der Arbeit ja nichts geschenkt) schneller daheim sein, um sich auszuruhen, um auch Mensch sein zu können im Kreise seiner Lieben. Er hat es wahr-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Ratten!

Anfang September konferierte der nunmehrige indonesische Außenminister Malik, langjähriger Führer der indonesischen Trotzkisten und einer der Drahtzieher bei der Abschlachtung hunderttausender indonesischer Patrioten und Kommunisten, in Krems mit zwei Dutzend seiner Kreaturen. Der blutbefleckte trotzkistische Massenmörder betrachtete offenbar Österreich als das geeignetste Land, um sich mit seinen Spießgesellen zu beraten, bevor er zu seinem Schlächterkollegen Tito weiterfuhr.

Während Malik in Krems seine Agenten versammelte, traf in Bregenz Herr Kurt Schuschnigg, der Bundeskanzler des grünen Faschismus und der Auslieferung Österreichs an Hitler, ein. Eine Reihe hoher Funktionäre der ÖVP bereiteten ihrem faschistischen Vorgänger einen brüderlichen Empfang (im Gegensatz zu der antifaschistischen Bevölkerung von Krems, die dem indonesischen Blutsäufer einen für ihn unerwarteten Empfang bereitete).

In den selben Tagen ließ Herr Otto Habsburg wissen, daß er in einigen Wochen Österreich heimzusuchen gedenke, nachdem der norwegische König Olaf all dem Gesindel in Österreich, dem ehrfürchtige Schauer über den Rücken kriechen, wenn es monarchistische Moderluft riecht, Gelegenheit zu einer eindrucksvollen Heerschau gegeben hat.

Man sieht: der Aasgeruch der Reaktion in Österreich stinkt schon weit über unsere Grenzen hinaus und begeistert das internationale Ungeziefer, sich hier ein Stelldichein zu geben. Es ist höchste Zeit, daß die österreichische Arbeiterklasse dieser Art von "internationalem Ansehen" Österreichs ein Ende bereitet. Eine Atmosphäre, in der sich Ratten so wohl fühlen, kann für das Volk nicht gesund sein. Nur wenn die Ratten der Reaktion über ein Land die Nase rümpfen und es wütend begeifern, kann man annehmen, daß dort frische Luft herrscht und ein gesunder, reinigender Wind weht.

F.

Wir erbitten die Adressen von Interessenten der "ROTEN FAHNE"

"SIEGESMELDUNG" DER "PRESSE" VOM 15. SEPTEMBER 1966: **Strom-, Brot-, Mehl- und Milchpreis steigen**

lich schwer genug im Zeitalter der automatisierten Perfektion, in der er immer zu kurz kommt und nach den Prinzipien der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Ausbeutungsobjekt ist und bleibt, auch wenn er im schönsten Auto in die Arbeit fährt. Der Arbeiter will endlich auch teilhaben an all den Gütern, die allein er selbst schafft mit seiner Hände Arbeit und mit seinem Schweiß. Das ist sein gutes Recht!

Schon vor über hundert Jahren schreckte der große Dichter Ferdinand Freiligrath die Bourgeois mit dem Appell an die Adresse jedes Arbeiters:

"Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!"

Die arbeitenden Menschen haben nicht nur absolutes Anrecht auf alle Annehmlichkeiten des Lebens und auf alle Güter der Erde - sie haben auch die Macht, sie sich zu verschaffen!

Paul Fischer, Szbg.

★

HIOBSBOTSCHAFTEN

Man kann sich nur wundern, daß Menschen wie dieser Herr Straker den Mut aufbringen, ihre Unwissenheit und Naivität so öffentlich zur Schau zu stellen und uns Marxisten über das sogenannte "Wohlstandszeitalter" aufklären zu wollen. (Seine Anonymität schützt ihn übrigens vor Prügelstrafen durch die von ihm so gelästerten Strizzis mit Auto!)

Was sich die arbeitenden Menschen erwerben, haben sie sich aus dem etwa 50-prozentigen Anteil an ihrer Arbeitsleistung angeschafft, mit dem sie entlohnt werden. Die anderen 50 Prozent ihrer Arbeitsleistung streift heute - wie einst als Marx noch lebte - der Unternehmer ein.

Es ist nicht abzustreiten, daß die Ausrüstung mit technischen Artikeln bei vielen Menschen in Europa ein beachtliches Niveau erreicht hat - aber man sollte nicht übersehen, daß dies nur möglich ist, wenn die Frau, ehemals zum Herd verdammt, aber mit viel Zeit für die Familie ausgestattet, intensiv mitarbeitet und Mann und Frau jahrelange Ratenzahlungen auf sich nehmen. Die horrenden Riesengewinne der Banken, schon außen sichtbar durch die pompösen Portalausstattungen der Verwaltungsgebäude, sind ja nur die Folge der Kreditgewährung zu schamlosen Zinsen. Nicht aus satter Langeweile, wie die Neureichen, tragen die meisten arbeitenden Menschen ihre Ersparnisse - teilweise vom Mund abgespart - zur Bank, sondern aus bitterer Lebensnotwendigkeit. Das starke Bedürfnis arbeitender Menschen, wenigstens bescheidene finanzielle Reserven zu haben, ist nur ein Ausdruck der sozialen Unsicherheit, die den Kapitalismus kennzeichnet.

Wenn sich Herr Straker über den Alkoholkonsum aufregt, so ist anzunehmen, daß er selbst fleißiger Wirtshausbesucher ist, sonst könnte er nicht übersehen, auf welche Art sich der Großteil der heutigen Jugend und auch der älteren Menschen ihre Freizeit gesünder und angenehmer gestaltet. Übrigens trägt die Alkoholindustrie durch ihre pausenlose Reklame in Radio und Fernsehen die Hauptschuld daran, daß manche Menschen dazu verleitet werden, sich beim Trunk zu trösten oder einer vulgären Unterhaltung nachzugehen.

Die Lobhudelei über unsere sogenannte "Hochkonjunktur" hätte sich der Schreiber ersparen können, wenn er aufmerksamer die Hiobsbotschaften der Zeitungen über die sich vermehrenden Schließungen von Großbetrieben in Österreich gelesen hätte. Sagen ihm Namen wie Rax-Werke, Ebenseer Spinnerei, Grünbacher Kohlengruben usw. nichts, deren entlassene Arbeiter nun weit von ihrer Heimstatt entfernt arbeiten und von der Familie getrennt leben müssen?

Wenn der von der ÖVP-Regierung angestrebte und von der SPÖ geduldete Anschluß Österreichs an die EWG Tatsache wird, ist die Möglichkeit gegeben, daß unsere Betriebe noch stärker und rücksichtsloser vom westdeutschen Kapital aufgesaugt werden und ein Bauernhofsterben wie anno 1930 Urständ feiert. Zu wünschen wäre nur, daß dem Wohlstandsapostel Straker noch vorher die Augen aufgehen und seine Engstirnigkeit durch die Erkenntnis der Richtigkeit der Lehre von Marx ersetzt wird.

In den Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Kapital ist und bleibt der Marxismus-Leninismus unsere einzig wirksame Waffe!

Zum Schluß sei Herrn Straker der gut gemeinte Rat gegeben, weiterhin aufmerksam die "Rote Fahne" zu

DIE GLÄNZENDEN SIEGE DES VIETNAMESISCHEN VOLKES IM WIDERSTANDSKRIEG GEGEN DIE USA-AGGRESSION UND ZUR RETTUNG SEINES VATERLANDES

Im Norden haben die Streitkräfte und das Volk vom 5. August 1964 bis zum 20. Juli 1966 mehr als **1230** USA-Flugzeuge abgeschossen.

Im Süden haben Volksstreitkräfte von 1961 bis Mitte 1966 mehr als **500 000** Mann der feindlichen Truppen, einschließlich nahezu **70 000** Mann USA-Truppen getötet, verwundet oder gefangengenommen und mehr als **4380** feindliche Flugzeuge abgeschossen oder zerstört.

FÜR DIE TRUPPEN DES USA-AGGRESSORS GILT: JE MEHR KOMMEN, DESTO HÖHER WIRD DIE ZAHL DER TOTEN.

	Gesamtzahl der Truppen des USA-Aggressors in Vietnam	Getötete, verwundete oder gefangengenommene feindliche Truppen
1961	3500 Mann	30 Mann
1963	16000 "	982 "
1965	180000 "	19200 "
1966 (Jan.-Juni)	275000 "	mehr als 47000 " (einschließlich Satellitentruppen)

lesen und darüber nachzudenken, wer den Wohlstand der Menschen schafft: der Dividendenbonschneider oder der arbeitende Mensch; ob die Errungenschaften auf sozialem Gebiet ein Geschenk der Aktionäre sind oder schwer erkämpftes Recht der Arbeiter!

St. A., Linz

*

UM DEINE ZUKUNFT GEHT ES!

Ein wesentlicher Punkt an Strakers Polemik scheint mir der folgende: "Der jetzige Preisauftrieb ist ja nicht die Folge einer 'Ausbeutung', sondern Folge der Hochkonjunktur...". Anscheinend glaubt er an die Möglichkeit einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, welche frei von Ausbeutung ist und eine ständige Hochkonjunktur beschert. Das ist jedoch haarsträubender Unsinn und der von der "Roten Fahne" betriebene Aufwand erscheint mir nicht wegen Herrn Straker gerechtfertigt, sondern deshalb, weil derartig irrige und grundverkehrte Ansichten leider im Augenblick auch in Arbeiterkreisen relativ stark verbreitet sind - nicht zuletzt durch die Schuld der verräterischen Revisionisten. Falsche Ansichten werden aber nicht dadurch richtig, daß sie zu bestimmten Zeiten von einer Mehrheit vertreten werden.
Das Hauptwerk von Karl Marx ist bekanntlich "Das Kapital". Das Vorwort zur ersten Auflage schrieb Marx am 25. Juli 1867 in London. Er illustrierte seine Analyse mit zahlreichen Beispielen aus Großbritannien, weil dieses Land nicht nur die "Mutter des modernen Parlamentarismus" ist, sondern im großen und ganzen auch in der Errichtung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung den anderen Ländern voranging. Hier schrieb er einen Satz, der allein schon von seinem genialen Weitblick zeugt: "Sollte jedoch der deutsche Leser pharisäisch die Achseln zucken über die Zustände der englischen Industrie- und Ackerbauarbeiter, oder sich optimistisch dabei beruhigen, daß in Deutschland die Sachen noch lange nicht so schlimm stehn, so muß ich ihm zurufen: De te fabula narratur! (Über dich wird hier berichtet!)" Die praktischen Beweise sind inzwischen wohl erbracht und bedürfen keiner weiteren Erörterung. Inwiefern ist aber dieser Satz auch heute noch aktuell?

Betrachten wir einen kapitalistischen Staat von heute, in dem die radikalste Form der Diktatur der Bourgeoisie, der Faschismus herrscht. Ich meine Spanien. Dort herrschen auch heute offensichtlich Zustände, die mit denen, welche das "Kapital" konkret schildert, ohne weiteres konkurrieren können. Die spanische Kapitalistenklasse beutet die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in einer Weise aus, welche jeder Beschreibung spottet.

Man kann einwenden, daß Österreich nicht Spanien ist. Aber man kann nicht bestreiten, daß es dort und da die gleiche, nämlich die kapitalistische Gesellschaftsordnung gibt. Und wer über die sozialen Verhältnisse Spaniens einigermaßen informiert ist, muß zugeben, daß das spanische Proletariat früher bereits einen sehr viel höheren Lebensstandard hatte als heute.

Ist das ungewöhnlich? Nein. Es ist bloß Ausdruck der Tatsache, daß der Kapitalismus keinen Wohlstand für die arbeitenden Massen bringen und sichern kann, daß er zwangsläufig immer wieder schwere politische und wirtschaftliche Krisen heraufbeschwört und das arbeitende Volk immer wieder vor die unmittelbare Gefahr stellt, ins schreiendste Elend gestürzt zu werden.

Das gilt für Österreich geradeso wie für Spanien. Auch in unserem Land sind früher oder später entsprechende Entwicklungen unvermeidlich, wenn das kapitalistische System nicht beseitigt wird. Wenn also Herr Straker über "spanische Verhältnisse" pharisäisch die Achseln zucken mag, kann man ihm nur die Worte von Marx zurufen: De te fabula narratur! (Über dich wird hier berichtet!) Der österreichischen Arbeiterklasse aber wird nichts anderes übrig bleiben, als - auf der Grundlage der Erkenntnisse von Marx - für den Sturz des Kapitalismus zu kämpfen, wenn sie ihre Lage verbessern oder auch nur einer Verschlechterung ihrer Lage wirkungsvoll begegnen will.

Fritz H., OÖ.

*

180.000 MAL BITTERSTE NOT

Ganz zufällig habe ich, als ich dieser Tage das Radio aufdrehte, gehört, daß es in Österreich 180.000 Bezieher von Altersrenten in der Höhe zwischen 700 und 900 Schilling pro Monat gibt. Das sind alles Menschen, die ihr ganzes Leben lang schwer gearbeitet haben. Wie sie mit dem Taschengeld, das man ihnen jetzt dafür gibt, leben können, ist mir völlig schleierhaft. Es ist überhaupt die Frage, ob man ihr Dasein ein "Leben" nennen kann, von "Wohlstand" ganz zu schweigen.

Am letzten Samstag habe ich mich zum Marktplatz begeben und habe mich überzeugt, wieviele Menschen es im so "wohlhabenden" Wien gibt, die ihr Essen aus den Mistkübeln holen. Innerhalb einer Stunde sah ich mehr als ein halbes Dutzend alter Menschen, die in den Abfallkübeln herumstocherten, faules Obst, Salatblätter und vertrocknetes Gemüse aus dem Unrat fischten, es sorgfältig säuberten und sich damit auf den Heimweg machten. Wer es nicht glaubt, soll bei seinem Markt einen ähnlichen Versuch machen - er wird sich wundern!

Ich glaube nicht, daß jemand die Frechheit haben wird, solche Beispiele bitterster Not als "Einzelfälle" abzutun. Schon die entsetzliche Zahl von 180.000 Hungerrentnern läßt das nicht zu. Auch die Berufung auf den Durchschnitt ist ein falsches Argument. Wenn jemand in einem Fluß ertrinkt, nützt es ihm wenig, wenn dieser Fluß im Durchschnitt nur einen Meter tief ist und bloß an einzelnen Stellen lebensgefährlich.

R.H., Wien

*

MEHR MARXISMUS TUT NOT!

Herrn Straker möchte ich nur in einer Frage recht geben, nämlich darin, daß "viele Strizzi in Österreich ein Auto, sogar einen Mercedes" haben. Wesentlich anders steht es allerdings mit der arbeitenden Bevölkerung. Und da die MLÖ nicht für die österreichischen Strizzis, sondern für die österreichische Arbeiterschaft eintritt und kämpft, ist sie so notwendig und hat sie ein so großes Aufgabengebiet.

In meiner beruflichen Tätigkeit habe ich sehr viel Kontakt gerade mit jenen Schichten der Bevölkerung, die

Stiefkinder der Hochkonjunktur sind und deren Existenz und große Masse bei Herrn Straker Verwunderung hervorrufen dürfte, wenn er sie sehen wollte. Dabei handelt es sich hier um Menschen, die schwer arbeiten oder ihr ganzes Leben hindurch schwer gearbeitet haben und ihr Geld nicht ins Wirtshaus tragen. Im Umgang mit großen Teilen der Arbeiterschaft muß ich immer wieder feststellen, daß knapp vor Auszahlungsterminen nicht einmal die dringlichsten Bedarfsartikel eingekauft werden können, weil infolge der enormen Preissteigerungen einfach das Geld nicht mehr reicht!

Geschäfte und Auslagen sind deshalb voll der herrlichsten Sachen (wie Herr Straker so überaus scharf beobachtete), weil einerseits bei den meisten Gebrauchsgütern eine relative Sättigung des Marktes eingetreten ist und sich andererseits eine Einschränkung der Massenkaufkraft - hervorgerufen durch Preis- und Tarifsteigerungen - fühlbar macht. Daß die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung heute im Absinken begriffen ist, können nichteinmal halbwegs seriöse bürgerliche Statistiker leugnen.

Als Marx noch lebte, habe es noch keine Fünftagewoche gegeben, schreibt Herr Straker und schließt daraus offensichtlich, daß Marx heute also überholt sei. Dazu kann ich nur sagen, daß für jene Arbeiter, welche die sogenannten "Früchte des wirtschaftlichen Aufschwungs", nämlich Auto, Fernsehapparat, Auslandsurlaub usw. genießen wollen, ebenfalls die Fünftage(45 Stunden)-Woche nicht existiert! Nur Überstundenschinderei und Nebenbeschäftigungen einerseits oder große Verschuldung andererseits sind es in den meisten Fällen, was die Anschaffung der Annehmlichkeiten der modernen Technik ermöglicht - Ausnahmen bilden nur Spitzenverdiener. Gleichzeitig raffen die Unternehmer gerade in der heutigen Zeit Überprofite zusammen und werden der Arbeiterschaft immer neue Lasten auferlegt.

Es würde zuviel Raum erfordern, wollte ich noch ausführlich auf die Fragen des Wohnungs- und Mietenwuchers eingehen, auf die vielen ungerechten §7-Anträge, nach denen immer mehr Mieter zu einem vervielfachten Mietzins verurteilt werden usw. Die ÖVP-Regierung drängt - wie die CDU in Westdeutschland - auf die völlige Abschaffung des Mieterschutzes, obwohl dieser dank der Kapitulations- und Schacherpolitik der SPÖ sowieso schon bedenklich durchlöchert ist. Alles das sind nur einige wenige der zahllosen Probleme, für deren Lösung im Sinne der arbeitenden Menschen der Kampf geführt werden muß.

Da die SPÖ und ihr nunmehriges Anhängsel, die KPÖ, gegen die Verschlechterung der Lage der arbeitenden Menschen nicht wirkungsvoll auftreten und auch keine Absicht mehr haben, einen energischen Kampf zu führen, ist es Aufgabe der MLÖ, hier auf den Plan zu treten und den arbeitenden Menschen durch schriftliche und mündliche Aufklärung den Weg zu einem erfolgreichen Kampf zu weisen.

Zum Abschluß an Herrn Straker: Nicht weniger, sondern mehr Marx ist das Erfordernis! Der Marxismus ist unbesiegbar und unsterblich, weil er wahr ist und er wird in der Zukunft mehr noch als in der Vergangenheit der Kompaß in den täglich stattfindenden und sich unvermeidlich verschärfenden Kämpfen der arbeitenden Bevölkerung für ihre sozialen und politischen Rechte sein. Daher, sehr geehrter Herr Straker: Es lebe der Marxismus!

Karl Horn, Wien

MARXISMUS UND KULTURERBE

Wohl zu den absurdesten Dummheiten, die über die sozialistische Kulturrevolution in China kolportiert werden, gehört die hirnrissige Behauptung, in Volkschina seien Klassiker wie Beethoven, Shakespeare, Balzac, Tolstoj usw. "verboten" worden, ihre Werke "geächtet", wenn nicht sogar verbrannt und vernichtet. Daß halbwegs seriösere antikommunistische Zeitungen es nicht wagten, ihren Lesern solchen blühenden Unsinn vorzusetzen, hindert einige KPÖ-Referenten nicht, auf ein solches "Kronen-Zeitung"-Niveau der Argumentation hinunterzukriechen. In der September-Nummer von "Weg und Ziel" leistet ihnen dabei Franz Marek in einer so demagogischen Form Beistand, wie es seiner nun schon bewährten Qualifikation entspricht. Er baut damit weiter an der Brücke, die zwischen "Weg und Ziel" und der "Kronen-Zeitung" schon seit einiger Zeit in der Form besteht, daß in der einen wie in der anderen Redaktion die gleiche erstaunliche Mischung von KPÖ-Renegaten und abgetakelten Nazis sitzt.

Was aber die Stellung der chinesischen Kommunisten zu den Klassikern der bürgerlichen Kunst und Kultur betrifft, hat die "Peking Rundschau" erst vor kurzem (Nr. 34 vom 23. August 1966) klar und eindeutig den Standpunkt unterstrichen, der für Marxisten-Leninisten nie zweifelhaft war oder sein wird:

> Marxisten sind niemals dagegen, sowohl vom chinesischen als auch vom ausländischen Literatur- und Kunsterbe zu lernen oder es zu übernehmen. Vorsitzender Mao hat gesagt: **„Was die Kultur des Auslands betrifft, ist eine fremden feindliche Linie abzulehnen. Wir müssen möglichst viel von der fortschrittlichen Kultur des Auslands übernehmen und das Übernommene für die Entwicklung der neuen Kultur Chinas auswerten. Falsch ist aber auch eine mechanische Übernahme. Man muß die ausländische Kultur kritisch übernehmen und dabei den praktischen Bedürfnissen des chinesischen Volks Rechnung tragen . . . Was die alte Kultur Chinas betrifft, so darf auch diese nicht in Bausch und Bogen abgelehnt werden; doch ebensowenig darf man an ihre Übernahme mechanisch herangehen. Man muß sie sich im Interesse der Förderung der neuen Kultur Chinas kritisch aneignen.“**

Was reaktionär ist, fällt nicht, wenn man es nicht niederschlägt. Es ist wie beim Auskehren — wo der Besen nicht hinkommt, kann sich der Staub nicht von selbst verflüchtigen.

Mao Tse-tung



Internationale Rundschau

Erster Kongress der französischen Marxisten-Leninisten

Die "Nouvelle Humanité", das Organ der kommunistischen marxistisch-leninistischen Bewegung in Frankreich, verlautbarte vor kurzem das folgende Kommunique:

"Am 25. und 26. Juni 1966 hat die Vereinigung der marxistisch-leninistischen Zirkel den ersten Kongreß der französischen kommunistischen marxistisch-leninistischen Bewegung nach Paris einberufen. Nach zwei Tagen ausgedehnter Diskussion hat der Kongreß einstimmig ein zehn Punkte enthaltendes Manifest angenommen und beschlossen, die Vereinigung der marxistisch-leninistischen Zirkel in eine Französische kommunistische marxistisch-leninistische Bewegung umzuwandeln. In großer Begeisterung setzte sich der Kongreß zwei Ziele:

1. Eine konkrete Analyse der Klassensituation in Frankreich.

2. Die baldigste Bildung einer kommunistischen marxistisch-leninistischen Partei Frankreichs.

Im Namen der Partei der Arbeit Albaniens hatte deren Erster Sekretär ein herzliches Begrüßungsschreiben an den Kongreß gesandt.

Die einstimmig gewählte Leitung der Bewegung beschloß, das Organ 'Nouvelle Humanité' ab Oktober 1966 wöchentlich herauszugeben."

Revolutionäre KP Chiles gegründet

Im Mai des Jahres wurde in Santiago de Chile der erste Kongreß der Marxisten-Leninisten Chiles durchgeführt, der in der Gründung der "Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles" gipfelte.

Der Gründungskongreß war von der revolutionären Organisation "Spartakus", der "Union der kommunistischen Rebellen" sowie von einer Reihe von Kommunisten, die mit der revisionistischen Führung der KP Chiles gebrochen haben, und von anderen Revolutionären einberufen worden. Am Kongreß beteiligten sich 80 Delegierte.

In einem Kommunique, das der Kongreß herausgab, wird berichtet, daß ihm eine Reihe von Gebietskonferenzen und Zusammenkünften vorausgegangen war, in welchen ein Dokument für den Kongreß diskutiert wurde.

Auf dem Kongreß wurde der Entwurf eines Parteistatuts und eines Parteiprogramms, ferner ein Bericht über die innen- und außenpolitische Lage diskutiert. Die Diskussion ergab volle Einstimmigkeit der Delegierten über die in den Dokumenten enthaltene politische Linie. Zum Abschluß des Kongresses wurde das Landeskomitee der Leitung der Revolutionären kommunistischen Partei Chiles gewählt.

GRUSS UND GLÜCKWUNSCH UNSEREN FRANZÖSISCHEN UND CHILENISCHEN GENOSSEN!

Abkommen über wirtschaftliche und technische Hilfe Chinas an Vietnam unterzeichnet

Ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Hilfe Chinas an Vietnam wurde am 29. August in Peking zwischen den Regierungen der Volksrepublik China und der Demokratischen Republik Vietnam unterzeichnet.

Ministerpräsident Tschou En-lai und der stellvertretende Ministerpräsident Tschen Yi wohnten der Unterzeichnungszeremonie bei. Im Namen ihrer Regierungen unterzeichneten der stellvertretende Ministerpräsident Li Hsiän-niän und Vizepremier Le thanh Nghi, Leiter der nach China gesandten Wirtschaftsdelegation der vietnamesischen Regierung, das Abkommen.

Sowohl der stellvertretende Ministerpräsident Li Hsiän-niän als auch der Vizepremier Le thanh Nghi begrüßten den erfolgreichen Abschluß der Gespräche zwischen den beiden Ländern sehr. Sie wiesen darauf hin, daß das Abkommen ein weiteres lebendiges Beispiel der kämpferischen Freundschaft zwischen den beiden Völkern bedeutet.

Vizepremier Le thanh Nghi sagte, daß das vietnamesische Volk glücklich ist, solch ein großes Bruderland wie China als zuverlässiges Hinterland zu besitzen. Er fügte hinzu, die Solidarität und die kämpferische Freundschaft zwischen Vietnam und China zeigten, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern denjenigen zwischen Front und Hinterland sowie zwischen Lippen und Zähnen glichen. Er sagte ferner, daß das vietnamesische Volk entschlossen ist, gegen den USA-Imperialismus bis zur endgültigen Entscheidung, bis zum Endsieg, zu kämpfen.

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei

Die folgenden Auszüge stammen aus dem "Wiener Freien Wort" vom Juli 1966, der Zeitung des "Bundes Demokratischer Sozialisten", einer zum SPÖ-Vorstand in scharfer Opposition stehenden Organisation revolutionärer Sozialisten. Die Lektüre des Artikels unserer sozialistischen Genossen ist für uns in doppelter Hinsicht interessant: Er zeigt, wie ähnlich heute die Problematik ist, vor der alle ehrlich und ernstlich linken Kräfte der österreichischen Arbeiterbewegung stehen - ob sie nun noch in der SPÖ oder in der KPÖ organisiert sind, ob sie von dort ausgeschlossen wurden oder selbst gegangen sind. Zugleich erfüllt uns der Artikel mit Freude und Zuversicht, weil er beweist, daß der Marxismus in der österreichischen Arbeiterbewegung so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß ihn kein Parteivorstand oder Polbüro mehr ausrotten kann. Überall und immer stärker erhebt sich heute der Ruf nach der Neugründung einer echten Arbeiterpartei, einer Kampfpartei des Proletariats, die mutig jene Aufgaben erfüllt, an denen SPÖ und KPÖ gleicherweise gescheitert sind. Es ist kein Zweifel, daß der Kampf und die Arbeit zur Schaffung einer solchen Partei erfolgreich sein wird.

Die SPÖ eine Arbeiterpartei?

Heute aber ist die Partei selbst verbürgerlicht und eine staatserhaltende Partei geworden. Im Parteiprogramm steht nur unter „ferner liefen" der Sozialismus, dafür steht mehr vom Wirken für Österreich, sein Volk, seine Wirtschaft, seinen Staat usw. Wessen Wirtschaft und Staat sind da gemeint, wenn nicht die Wirtschaft oder der Staat des Kapitals? Wirken für Österreich und sein Volk? Ein sehr nebuloser Begriff, denn zum Volke zählen auch die Unternehmer! Die ÖVP wirkt besser für das „Interesse Österreichs", deshalb bekam sie die Mehrheit. Es kann nie und nimmer im Interesse des Sozialismus sein, nie und nimmer im Interesse einer Arbeiterpartei gelegen sein, das ganze Volk zu vertreten. Eine Arbeiterpartei steht und fällt mit der Preisgabe ihrer Politik, ausschließlich die Interessen der arbeitenden, nichtbesitzenden (im Sinne des Kapitalbesitzes gemeint) Bevölkerung zu vertreten. *Das Kriterium einer Arbeiterpartei im sozialistischen Sinne ist, die Klasseninteressen allem anderen voranzusetzen; die Arbeitergefolgschaft macht keine sozialistische Partei*, wie manche glauben. Schließlich hat die ÖVP auch Arbeiter in ihren Reihen, dennoch weiß jeder klassenbewußte Arbeiter, daß sie die Partei der Unternehmer ist, daß sie die Interessen des Kapitals vertritt! Die Abhängigkeit der SPÖ von der ÖVP in der Regierungskoalition hat die SPÖ ins Fahrwasser des Bürgertums gebracht. Durch Posten in Ministerien, in Aufsichtsräten usw., die die führende Schichte der SPÖ bekam, identifizierte sie sich mit diesen Institutionen. So wurde in der Parteiideologie — die ja wieder von den höheren Funktionären geprägt wird — aus der kapitalistischen Wirtschaft „unsere Wirtschaft", aus dem kapitalistischen Staat „unser Staat". Ja mehr noch. Die Konsumgenossenschaften, die Parteiverlage usw. werden ebenfalls nach „kostendeckenden", sprich kapitalistischen Grundsätzen geführt. So begann sich der Wandel im Denken der Parteiführer zu vollziehen. Denn der Grundsatz von Karl Marx: Das Sein bestimmt das Bewußtsein, hat auch für die SPÖ-Führung Gültigkeit. Die Partei besitzt beträchtliche Kapitalien, sie zu vermehren hat sie sich zur Aufgabe gestellt. Statt dem Raubzug des Kaufmannskapitals auf die Taschen der arbeitenden Menschen durch die Konsumgenossenschaften einen Riegel vorzuschieben, durch billigere Abgabe der Waren an die Konsumenten den Kaufherren Konkurrenz zu machen, verlangt man in den Konsumgeschäften selbst Preise, die sich nicht von denen des Kaufmannskapitals unterscheiden. Die Wohnungen, die die der SPÖ nahestehenden Baugenossenschaften vergeben, sind genau so teuer, wenn nicht teurer, als bei privaten kapitalistischen Unternehmen. Es wird dem Wohnungswucher in keiner Weise Einhalt geboten, man profitiert ebenso am Wohnungsmangel wie die anderen.

Das oben Gesagte beweist den heutigen Charakter der SPÖ. *Sie ist keine Arbeiterpartei mehr!* Deshalb wollen wir an die Linken in der Partei — an die wirklichen Linken, denn es gebärden sich so manche Funktionäre als Linke und stellen in Wirklichkeit nur die Steigbügelhalter der Rechten dar — den Appell richten: Eine noch so große Partei, deren Politik und Interessen auf die Erhaltung der bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung ausgerichtet ist, kann *nie mehr* eine Partei zur Errichtung des Sozialismus werden! Eine solche Partei ist nicht krank, sondern tot.

Eine neue Partei ist nötig

Eine Wiederbelebung ist unmöglich. Nur wenn die linken Elemente aus den Reihen der Arbeiterschaft *eine neue, wahrhaft sozialistische Partei schaffen werden*, auf deren Banner die Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Ausbeutung — von jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überhaupt — steht und deren Ziel die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und die Errichtung des Sozialismus ist, wird der Traum vom ewigen Frieden und Glück für die Menschheit Wirklichkeit werden. Sage uns niemand, der Sozialismus sei eine Utopie. Die Wirklichkeit beweist, daß er erreichbar ist, nur müssen die Schranken des Kapitals fallen. Noch nie waren die technischen Voraussetzungen so günstig, sie drängen direkt in Richtung zum Sozialismus. Was fehlt, ist das Bewußtsein des subjektiven Faktors, des Menschen. Dieses Bewußtsein zu schaffen, die arbeitenden Menschen zur Erfüllung ihrer Menschheitspflicht zu erziehen, das ist Aufgabe der Linken. Diese Erziehung zur Umgestaltung der heutigen Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft ist weder in der SPÖ, noch in der KPÖ möglich. Beide Parteien haben der Arbeiterklasse großen Schaden zugefügt, sie haben durch ihre kleinbürgerliche, opportunistische Politik die Arbeiterbewegung von Niederlage zu Niederlage geführt.

IN DER "VOLKSSTIMME" VOM 14. SEPTEMBER LESEN WIR :

„Vorwärts an Geschütze und Gewehre", singen blaubehemdete Mädchen und Burschen und wollen damit keineswegs für das Bundesheer Propaganda machen. Im Gegenteil. Die militärische Aufforderung ist an russische Arbeiter und Matrosen gerichtet, die Fahne der Arbeitermacht über den Erdball zu tragen. Trotzdem schreitet kein Staatspolizist ein, er fühlt sich nicht einmal dann beunruhigt, wenn er den Ruf „Auf die Barrikaden" vernimmt. <u>Denn die Sänger denken ohnehin nicht daran, auf Barrikaden zu steigen. Schließlich verlangt es niemand von ihnen.</u> Der Kampf der Arbeiterbewegung hat längst andere Formen angenommen. <u>Geblieben sind lediglich die Lieder</u>, die an die revolutionären Kämpfe unserer Großeltern erinnern.

Auch bei anderen, alltäglicheren Anlässen singt man mit sowjetischen „Propellern surrend: Rot-Front!" und rüstet „zur letzten <u>Schlacht" gegen den Kapitalismus</u> – <u>ganz im Gegensatz zu den programmatischen Erklärungen der KPÖ</u> über den friedlichen Weg zum Sozialismus.

Und Zuhörer und Sänger sind sich ziemlich einig, daß mit diesen Liedern im politischen Geschehen von heute nicht mehr viel anzufangen ist.

Wenn auch manche Grundgedanken (wie etwa beim „Solidaritätslied") auch heute noch aktuell sind, die Argumentation ist natürlich zeitbedingt und <u>kann keinen Bezug zur Realität von 1966</u> haben.

Das ist deutlich: das Bekenntnis zum revolutionären Kampf ist für die KPÖ also "lediglich" Sache alter Lieder, kann "keinen Bezug zur Realität" haben, ja steht sogar in Gegensatz zu den programmatischen Erklärungen der KPÖ - was zum Glück auch die Staatspolizei weiß.

Fragt sich bloß, warum sich die KPÖ dann noch auf den Marxismus beruft, warum sie sich nicht von Lenin distanziert, warum sie sich noch kommunistisch nennt? Offenbar sind das auch nur mehr alte Lieder aus der Großmutterzeit. Man singt sie noch an Feiertagen, aber sie haben längst keinen Bezug mehr zur revisionistischen Realität von 1966.

Nicht nur die Entwicklung der sozialistischen Revolution in China, sondern der Marxismus-Leninismus überhaupt ist heute unverständlich und undenkbar ohne gründliches Studium der Werke Mao Tse-tungs. Die Redaktion der "Roten Fahne" ist gerne bereit, Interessenten bei der Auswahl und Bestellung dieser Werke, die auch in Einzelausgaben vorliegen, behilflich zu sein.

Warum Rankowitsch fiel

Wir entnehmen die nachstehenden Auszüge einem Artikel, der am 2. August 1966 unter dem Titel "Jugoslawien an der Wegkreuzung" im Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, "ZERI I POPULLIT", erschienen ist.

Was derzeit in Jugoslawien geschieht, ist das logische Ergebnis des Verrates der Tito-Clique an den Interessen der jugoslawischen Völker und am Marxismus-Leninismus. Der heroische nationale Befreiungskampf, den die Völker Jugoslawiens führten, wurde von der Tito-Clique nicht dazu benützt, um in Jugoslawien den Sozialismus zu errichten, sondern um an die Stelle des serbischen Königs einen "kroatischen König", nämlich Tito, zu bringen und um an die Stelle der alten serbisch-kroatischen Bourgeoisie auf Kosten der Völker Jugoslawiens eine neue serbisch-kroatische Bourgeoisie, diesmal unter "sozialistisch-kommunistischer" Maske, zu setzen. Dieser Weg, auf den die Titobande die Völker Jugoslawiens zerrte, war ein Weg des Blutvergießens, des Leides, der Folterungen und des Betrugs. Er ist aber noch nicht zu Ende. Die Völker Jugoslawiens werden weiter ihr Blut vergießen, sie werden noch mehr leiden müssen - denn nach Abschluß der ersten Phase der Wiederherstellung des Kapitalismus in Jugoslawien folgt nun die Phase der politischen, wirtschaftlichen, sogar bewaffneten Rivalitäten und Auseinandersetzungen.

Dieser innere Kampf in Jugoslawien hat eben erst begonnen: er geht um die Vorherrschaft, um die Macht, und die Verschwörungen und Repressivmaßnahmen werden einander rasch folgen. Der Kampf zwischen den serbischen UDB-Leuten und den kroatisch-slowenischen Ustaschen, der Kampf um die Kommandostellen der jugoslawischen Armee, der heftige Kampf zwischen den serbischen und den kroatisch-slowenischen Clans, de[illegible] Kampf zwischen den kleinen und armen Provinzen und den große[illegible] und reichen Provinzen, der Kampf zwischen verschiedenen Nationalitäten usw. - alles das wird weite[illegible]gehen und heftiger wer[illegible]n, wozu auch die Kirche beit[illegible]gen wird. Mehr und mehr verw[illegible]delt sich das titoistische Jugosla[illegible]en in ein Pulverfaß.

Es ist offenbar, d[illegible] der Clan des Serben Rankowit[illegible]ch mit dem UDB-Apparat, gestü[illegible] vor allem auf die neue serbis[illegible]e Bourgeoisie und auf eine Anz[illegible] Kader in der Armee (Kader de[illegible]elben ideologischen Ansichten [illegible]er durch die Organe Rankowitsch' [illegible]rrumpiert) die Vorherrscha[illegible] an sich zu reißen sucht[illegible] Diese Clique scheiterte vorläuf[illegible] sie hat aber ihre Waffen nicht [illegible]geworfen und es ist unwahrscheinlich, daß sie es tun wird trotz der Maßnahmen, welche d[illegible] mit ihr konkurrierende Gruppe Tito-Kardelj-Bakaritsch getroffe[illegible] hat.

Die großserbische Clique Rankowitsch' arbeitete schon lange auf ihr Ziel hin; sie war anscheinend auch sicher, den Putsch ruhig und "geregelt" durchführen zu können, ohne viele Brüche zu verursachen. Tito wußte von all diesen Vorbereitungen, deckte sie aber nicht auf, solange sich die Tätigkeit des großserbischen Clans nicht seiner Kontrolle entzog. Tito spielte die Rolle des Jongleurs inmitten der Rivalitäten der Clans, und Rankowitsch hatte Hoffnung, gemäß der berühmten "neuen Verfassung" nach dem natürlichen oder unnatürlichen Tod Titos dessen Platz einzunehmen.

Eine solche "ruhige" und "geregelte" Entwicklung konnte in Jugoslawien jedoch nicht stattfinden, da dort bereits der Kapitalismus wiederhergestellt ist, die Gesetze des Dschungels herrschen, der Chauvinismus sich aufs Höchste entwickelt hat und das Land politisch und wirtschaftlich von den verschiedenen Imperialisten, in erster Linie von den amerikanischen, kolonialisiert ist. In Jugoslawien diktieren die Imperialisten die Politik. Sie haben dort große Kapitalien angelegt, welche sie vor jeder Überraschung zu beschützen suchen u[illegible] deren einträgliche, aus dem Knochenmark der Völker Jugoslawiens herausgeschlagene Profite sie nicht gefährden wollen.

Infolge dieser Gegebenheiten konnte die blutbefleckte Clique der Tit[illegible], Rankowitsch, Kardelj und Bakaritsch nicht allzulange in Einheit leben, wenn sich ihre Mitglieder auch gegen den Marxismus-Leninismus vollkommen einig sind und bleiben.

Der Verrat am Marxismus-Leninismus führt zwangsläufig zur Spal[illegible]g [illegible]nerhalb der titoistischen C[illegible], hat unbedingt Nationalismus [illegible] Chauvinismus unter ihren [illegible]ngern zur Folge und führt in[illegible]lessen zu nationalistischen [illegible]erungen, welche auf Kosten [illegible] nationalistischer Gruppen [illegible]tigsten Stellungen im Staat, [illegible]rtschaft und in der Armee [illegible] reißen [illegible]t sind. So [illegible]ch der [illegible]lten c[illegible]au[illegible] [illegible]en [illegible]reigeleg[illegible]nd

[illegible]st sieht sich be[illegible] genö[illegible], die Existenz kapital[illegible]scher Gruppierungen, die sich[illegible] Schoße des Tito[illegible]smus entwicke[illegible]n, einzugestehen. Um di[illegible]ache etwas zu [illegible]kieren, ben[illegible]t er dafür den Pa[illegible]ausdruck für[illegible]raktion. Es ist [illegible]doch eine Tats[illegible], daß der "Bund der Kommun[illegible]

slawiens" (BKJ) keinen Einfluß besitzt, weil er schon seit langem entartet ist und jedes Ansehen verloren hat. Niemand hatte mehr Vertrauen zu diesem "Bund" und nieman verließ sich auf ihn - außer Rankowitsch, der ihn, als Organisationssekretär des Bundes,

IN VIETNAM



Nach den „Wahlen"

„... so gerne wir möchten, unsere frei gewählten Verbündeten lassen uns ja nicht heimgehen!"
(Zeichnung: „Nürnberger Nachrichten")



Zeichnung: Cork, Amsterdam [illegible]

als sein persönliches Besitztum betrachtet und ihn in einen Hilfsapparat der UDB umgewandelt hatte. Die nunmehrige "Umorganisierung" des BKJ, welche vom Clan Tito-Kardelj-Bakaritsch in alle Winde ausposaunt wird, ist weiter nichts als das Projekt der Liquidierung dieses Werkzeuges der Rankowitsch-UDB und der Schaffung eines neuen, unter der Fuchtel der kroatisch-slowenischen Ustaschen stehenden Hilfsapparats.

Sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Interessen des US-Imperialismus erforderten, daß seine jugoslawische Agentur, deren Chef Tito ist, nicht nur den Sozialismus verrät, nicht nur gegen das sozialistische Lager komplottiert und es unterminiert, sondern daß in Jugoslawien auch eine "Dezentralisierung" und eine "Selbstverwaltung" praktiziert wird, welche die geeignetste Form für die Wiederherstellung des Kapitalismus und für die Investitionen des Auslandskapitals in den für die Imperialisten politisch und ökonomisch nutzbringendsten Sektoren ist. Der amerikanische und andere ausländische Kapitalismus hatte und hat natürlich kein Interesse, auch in den jugoslawischen Provinzen [illegible]ne Kapitalien anzulegen, wo man keine großen Gewinne erwarten kann. Die US-Imperialisten und [illegible]e jugoslawische Agentur unter [illegible]hrung Titos haben nichts dagegen, daß Montenegro, Bosnien, Herzegowina oder [illegible]ssowo weiterhin arme, unentwickelte Gebiete bleiben, welche [illegible]r Lieferanten von Rohstoffen und [illegible]lligen Arbeitskräften für die reichen Provinzen bzw. für die amerikanischen Trusts sein können.

Andererseits treibt auch der amerikanische Imperialismus, wie jeder andere Imperialismus, die Politik des "teile und herrsche", muß er, um zu herrschen, unbedingt auch spalten. Die in Jugoslawien eingeführte "Dezentralisierung" ist mit ein Ausdruck dieser amerikanischen Spaltungspolitik.

[illegible] die [illegible]titoistische "Dezentralisierung" und "Selbstverwaltung" die [illegible]ditionellen beherrschenden Stellungen des chauvinistischen serbischen Kapitals untergraben, das alle Völker Jugoslawiens [illegible] seiner [illegible]andare gehalten hatte, setzte sich

die großserbische Clique von Rankowitsch in Bewegung, um diese "neuen Verwaltungsformen" zu zügeln und zu liquidieren - nicht, weil sie etwa sozialistisch gewesen wären, sondern weil sie die Restaurierung des Kapitalismus in einer Form verwirklichten, welche die historische serbische Hegemonie schwächte.

In diesem Machtkampf lag die Unterstützung durch die amerikanischen Imperialisten jedoch bei der kroatisch-slowenischen Clique. Um dieses Hindernis zu neutralisieren, ließ sich der serbische Rankowitsch-Clan daher in Geheimverhandlungen ein, schloß sich an die großrussische revisionistische Clique im Kreml enger an und begab sich sogar auf den Weg der Wiederbelebung der chauvinistischen Traditionen der alten, vom Panslawismus inspirierten zaristischen Allianz. Andererseits ist deutlich zu erkennen, daß die Kredite, die aus der Sowjetunion nach Jugoslawien strömten, den Zweck verfolgten, die serbische Rankowitsch-Clique zu stärken, die man als "positiver" und "mehr nach links geneigt" hinstellte. So hängen die Rivalitäten, die sich in Jugoslawien entwickelten, eng mit den Rivalitäten der ausländischen Wölfe zusammen, die auf Kosten der Völker Jugoslawiens herrschen wollen, in erster Linie mit den Rivalitäten zwischen den amerikanischen Imperialisten und den sowjetischen Revisionisten.

Heute befindet sich Jugoslawien an einer Wegkreuzung. Entweder wird es zwischen den rivalisierenden kapitalistischen inneren und äußeren Cliquen zerrieben - oder das jugoslawische Volk wird sich wieder erheben.

Und es wird sich erheben und geführt von den aufrechten jugoslawischen Marxisten-Leninisten die Revolution vollziehen, um die blutbefleckten Cliquen zu zerschlagen und auszurotten, um Jugoslawien wieder auf den Weg der Helden seines nationalen Befreiungskampfes, auf den Weg Arso Jovanowitsch' und der Massakrierten von Goli Otok, auf den Weg des Marxismus-Leninismus, auf den Weg aller aufrechten Sozialisten zu führen. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Eigentümer: MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS (MLÖ). Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Str[illegible]l. Alle: 1150 Wien 15., Goldschlagstraße 64/5. Tel. 92-10-672
P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1150